



# Fraktion aktuell

*Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

**107 | 30.08.2024**

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor einer Woche hat sich der schreckliche Anschlag auf das Fest der Vielfalt in Solingen ereignet. Wir sind in unseren Gedanken bei den Opfern und bei ihren Angehörigen. Wir verurteilen derartige Angriffe auf unser Zusammenleben auf das Schärfste. Zugleich weisen wir jeden Versuch zurück, derartige Geschehnisse politisch durch einseitige Schuldzuweisungen zu instrumentalisieren. So auch in der gestrigen Ratsversammlung.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

---

## **Aus der Ratsversammlung**

In einer Aktuellen Stunde zur Sicherheitslage haben wir in der Ratsversammlung gestern gemeinsam den Versuch der AfD zurückgewiesen, „dieses wichtige Thema für ihre eigenen rassistischen Motive [zu] missbrauchen.“ Dies sei „ein erneuter Versuch, unsere demokratischen Institutionen zu untergraben und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Ausgrenzung, Misstrauen und Angst basiert“, erklärte der ordnungspolitische Sprecher der Grünen, Norbert Gast, stellvertretend für die demokratischen Fraktionen. Die Geschichte habe gelehrt, wohin eine solche Politik führe. Gast erklärte, die demokratischen Fraktionen seien „entschlossen, diesen Weg nicht noch einmal zu gehen“, und ließen sich „nicht

*Eine Stadt für alle.*



vor den ideologischen Karren einer vom Verfassungsschutz als rechte extremer Verdachtsfall geführten Partei spannen.“

Demgegenüber führte Gast zurecht aus, dass „wir die Sicherheitslage in Hannover ernsthaft und differenziert“ diskutierten. In der Tat hat unser Ordnungsdezernent Axel von der Ohe vor den Sommerferien [Maßnahmenvorschläge](#) zur Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum vorgelegt. Grundlage hierfür sind jüngere Befragungen von Menschen zu ihrem Sicherheitsempfinden in Hannover, das vor allem in der Innenstadt nachgelassen hat, wie auch bundesweite Erhebungen zu diesem Thema. Neben strukturellen Veränderungen, wie dem Ausbau der Sicherheitspartnerschaft der Landeshauptstadt mit der Polizeidirektion Hannover und der Stärkung der Kommunalen Kriminalprävention, unter anderem durch Einführung der Methode von „[Communities That Care](#)“, sieht das Konzept eine Neuausrichtung von städtischem Ordnungsdienst und Verkehrsaußendienst vor. Dazu gehört auch die Einführung von Ordnungsbotschafter\*innen in den Stadtbezirken, vergleichbar den Kontaktbeamt\*innen der Polizei. Verstärkt werden soll das Konfliktmanagement, wobei die Stadt hier auf sehr guten Erfahrungen in Linden aufbauen kann. Ausgeweitet werden sollen die bestehenden [Waffenverbotszonen](#) in der Innenstadt, in die künftig auch der Hauptbahnhof fallen wird (dies haben wir gestern im Rat bereits beschlossen). Und schließlich soll auch die Sauberkeit in der Stadt verbessert werden, da dieser Aspekt wesentlich zum Sicherheitsempfinden der Menschen beiträgt. Unserer Fraktion hatte Axel von der Ohe das Konzept am vergangenen Dienstag eingehend vorgestellt.

Beschlossen haben wir in der Ratssitzung gestern unter anderem unseren [Antrag](#), die Möglichkeiten für den Ausbau von Wohnungen in Dachgeschossen zu erweitern. Die neue Niedersächsische Bauordnung hatte hier neue Spielräume eröffnet, die wir nun auch nutzen und hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen wollen. Durch flexiblere Regelungen erhoffen wir uns weitere neue Wohnungen in Hannover. Allein im vergangenen Jahr war der Ausbau von Dachgeschosswohnungen in 90 Fällen daran gescheitert, dass hierfür Äste von Straßenbäumen nicht zurückgeschnitten werden durften.



*Auf diesem Gelände hinter der Grundschule an der Nackenberger Straße, nahe dem S-Bahnhof Karl-Wiechert-Allee, soll die 12. IGS entstehen.*

ölkonzern gehört, zuvor einer intensiven Sanierung, da hier sowohl Öle und andere Chemikalien als auch alte Kampfmittel im Boden liegen. Allein die Vorbereitung der Sanierung, die wir vor sieben Jahren in [Auftrag](#) gegeben hatten, wird voraussichtlich bis 2026 dauern.

Für den Bau von Hannovers nächster integrierter Gesamtschule haben wir den Weg durch den [Beschluss](#) des Bebauungsplans freigemacht. Damit können nun die genaueren Planungen für die 12. IGS beginnen, die in Kleefeld entstehen soll.

Beginnen können nach dem [Beschluss](#) des Rates nun ebenfalls die Vorbereitungen für die Entwicklung des Deurag-Neurag-Geländes in Misburg. Die Flächen der ehemaligen Erdölraffinerie gehören zu den größten Flächenpotenzialen, über die Hannover noch verfügt. Allerdings bedarf das Gelände, das einem Mineral-

Beschlossen haben wir weiterhin die Entwicklung einer lokalen Strategie gegen Einsamkeit. In deren Entwicklung soll die Verwaltung nach unseren Vorstellungen externe Träger einbeziehen, die sich bereits auf diesem sozialpolitischen Handlungsfeld bewährt haben. Der ursprüngliche [Antrag](#) der CDU war zuvor in den Fachausschüssen mit Änderungen aus Anträgen sowohl der [Grünen](#) als auch von [FDP und uns](#) einstimmig beschlossen worden.

Damit das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserer Stadt noch besser gelingen kann, hatten wir vor sechs Jahren der Verwaltung den [Auftrag](#) erteilt, den Lokalen Integrationsplan aus dem Jahre 2008 grundlegend zu überarbeiten. Ergebnis dessen war das Handlungsprogramm „[WIR 2.0](#)“, zu dem unter anderem auch die Stärkung der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken gehört. Die [Maßnahmen](#) hierfür haben wir ebenfalls gestern im Rat beschlossen.

---

## Ferienreisen für Jugendliche

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen nach unserem [Wunsch](#) in den Genuss einer Ermäßigung für Ferienreisen und Freizeiten ins Ausland kommen. Wer den HannoverAktivPass besitzt, soll die hierauf gewährten Ermäßigungen auch für die Teilnahmegebühren für organisierte Fahrten beanspruchen können, die nicht von Schulen durchgeführt werden.

Um die finanziellen Auswirkungen einer solchen Ermäßigung für den klammen städtischen Haushalt zu begrenzen, soll die Verwaltung zunächst die Kosten hierfür abschätzen und dann einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Dies haben wir am vergangenen Montag im Jugendhilfeausschuss beschlossen.

---

## Gewaltprävention bei Jugendlichen

Am 10. August war der Jugendrichter Jens Buck zu Gast in unserer Fraktion, um mit uns über Gewaltprävention bei Jugendlichen zu sprechen. Die jüngsten Kriminalstatistiken verzeichneten einen deutlichen Anstieg der Zahl von Roheitsdelikten wie auch der Zahl jugendlicher Tatverdächtiger. Diese seien ganz überwiegend junge Männer. Besorgniserregend sei, so Buck, vor allem die zunehmende Zahl von Tatverdächtigen im Alter unter 14 Jahren, die also noch nicht strafmündig sind.

Die Ursachen hierfür lägen, so verschiedene Studien übereinstimmend, unter anderem in den Folgen der Corona-Pandemie, die soziale Beziehungen unterbunden und damit auch

*Jens Buck zu Gast in unserer Fraktion. Neben ihm unser Erster Bürgermeister Thomas Hermann und der stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende Björn Hensoldt (l.).*



soziales Lernen verhindert habe. Dadurch fehlten vielen jungen Menschen Empathie und Respekt; zudem seien sie schwieriger zu erreichen – ein Problem, das durch die Fixierung auf Social Media deutlich verstärkt werde.

Buck sprach sich ganz klar für eine präventive Jugend(sozial)arbeit aus: Es bedürfe vor allem der sozialen Ansprache, doch müsse die auch durch strafrechtliche Sanktionen flankiert werden, wo dies nötig sei. Dies werde indes dadurch behindert, dass die Staatsanwaltschaften derart überlastet seien, dass sie oft nur noch schwere Delikte verhandelten.

Der Jugendrichter warb für entsprechende Präventions- und Interventionsprogramme, die delinquente Jugendliche ansprechen, betreuen und begleiten. Derartige Programme, voran die des Vereins für Bildungsmaßnahmen im Arbeits- und Freizeitbereich ([BAF](#)), dessen [Mittel](#) wir zuletzt zum Haushalt 2023/2024 erhöht hatten, hätten sich bewährt: Die besten Maßnahmen seien solche, die zu Lernerefolgen führten, statt Arrest.

---

## Neues Volksfest am Himmelfahrt-Wochenende

Hannover soll zu Himmelfahrt ein neues Volksfest erhalten, das in der Innenstadt stattfinden soll. Einen entsprechenden Antragsentwurf haben wir am Dienstag in der Fraktion beschlossen, der nun noch mit anderen Fraktionen abgestimmt wird.

Mit einer volksfestartigen Veranstaltung am Himmelfahrt-Wochenende, die von Schausteller\*innen, Marktkaufleuten und anderen Akteur\*innen der Innenstadt organisiert und durchgeführt werden soll, wollen wir einen Beitrag zur Belebung unserer City leisten. Wir hatten eine derartige Veranstaltung ursprünglich für das [Pfingstwochenende](#) vorgesehen. Dann allerdings soll die Bühne frei sein für den Christopher Street Day, der dann ausreichend Raum und damit unangefochten seinen angestammten Platz und die ihm gebührende Aufmerksamkeit genosse. Zugleich tragen wir mit der Verlegung auf das Wochenende vor Pfingsten dem Sicherheitsbedürfnis der queeren Community Rechnung.

Klar ist jedoch ebenfalls, dass die Volksfest-Veranstaltung am Himmelfahrt-Wochenende keine Konkurrenz zum traditionellen Jazz-Festival „Swinging Hannover“ auf dem Trammplatz, der demnächst in Platz der Menschenrechte umbenannt werden wird, darstellen soll.



*Social-Media-Post vom 29. August.*

## Besuch aus Bristol

Seit mehr als 75 Jahren besteht die Partnerschaft zwischen Bristol und Hannover, die erste Städtepartnerschaft, die unsere Stadt angestoßen hat – als Geste der Aussöhnung mit Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vor anderthalb Wochen war Kye Dudd, Labour-Ratsmitglied im Council der Stadt Bristol in unserer Fraktion zu Besuch. Dudd berichtete einen Monat nach dem großartigen Erfolg von Labour bei den Wahlen zum britischen Unterhaus über die jüngsten Entwicklungen in seiner Stadt. Dort ist der Rat, das Council, seit einem Referendum nicht mehr nur das Kommunalparlament, sondern zugleich auch Chef der Verwaltung. Der Posten des Mayors, den zuletzt Marvin Rees von der Labour Party bekleidet hatte, ist durch das Referendum abgeschafft worden. Dies habe allerdings auch seinen Preis: Da letztlich alle Verwaltungsvorgänge und

-entscheidungen vom Council abgesichert werden müssten, dauerten etliche Vorgänge nun erheblich länger und wichtige politische Beschlüsse könnten dadurch nur verzögert umgesetzt werden.



Zentrale Themen seien in Bristol derzeit die Sicherung der Wohlfahrtspflege sowohl für junge Menschen als auch für Erwachsene. Wie wichtig dieses Thema sei, hätten zuletzt die rechtsextremistischen Unruhen gezeigt, die in vielen Städten Großbritanniens angezettelt und durch Social Media befeuert worden sind.

*Councillor Kye Dudd aus Bristol zu Gast in unserer Fraktion. Neben ihm die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Klebe-Politze und unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich.*

Kye Dudd bedankte sich für die langwährende, ertragreiche Partnerschaft zwischen unseren beiden Städten.

---

### +++ Beschlussticker +++

Beschlossen haben wir im Verwaltungsausschuss vor einer Woche unseren [Antrag](#) zur Zukunft der Leine und des Leibnizufers, der die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zur naturnahen Umgestaltung, städtebaulichen Entwicklung und Erlebbarkeit entlang der Leine zu prüfen.

Eine Stadt für alle.

#### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420; pixabay.com/clker-free-vector-images; SPD-Ratsfraktion  
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

